



Hanau, 08.03.2022

## **Bericht über die Flüchtlingsarbeit im Jahr 2021**

Dieser Bericht deckt das gesamte Jahr 2021 ab. In diesen 12 Monaten haben sich in der Flüchtlingsarbeit in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis wie immer viele Herausforderungen ergeben. Es ist uns aber auch gelungen, das Team aus nur einer hauptamtlichen und vielen unermüdlichen aktivistischen und ehrenamtlichen Kräften weiter zu stabilisieren. Dabei war es sehr hilfreich, dass sich der Kirchenkreis nicht aus der finanziellen Unterstützung der hauptamtlichen Stelle zurückgezogen hat und wir uns daher weiterhin auf den Kern unserer Arbeit konzentrieren können.

### **Das Jahr 2021 in Schlaglichtern:**

**Es war das zweite Jahr mit Corona** - und das ganze Jahr hindurch hat sich weiter verfestigt, dass offene und niedrigschwellige Beratungsangebote nahezu verschwunden sind, während gleichzeitig bei vielen Menschen in prekären Lebensbedingungen weiterhin der Bedarf an (Sozial-)Beratung sehr hoch ist. Dementsprechend waren wir immer wieder auch mit Weitervermittlung an andere Beratungsstellen beschäftigt, machen entsprechende Termine, erklären Wege und bilden Brücken.

**Am 13. Januar 2021 wurde Niaz in der Gemeinschaftsunterkunft in Großkrotzenburg erstochen.** Wir werden ihn nicht vergessen.

Der Täter war nach Absitzen einer Haftstrafe wegen versuchten Totschlags in einer anderen Unterkunft erneut mit 70 Männern zusammen untergebracht worden. Warnungen von Bewohnern wegen seines auffälligen Verhaltens wurden ignoriert. Die Notausgangstür, vor der Niaz A. verblutete, klemmte. Es waren viele Fragen, die die Bewohner gemeinsam in einem offenen Brief formulierten, mit dem sie ihrer Trauer, aber auch ihrer Wut Ausdruck verliehen: sind unsere Leben weniger wert?

Wir versuchten da zu sein, zuzuhören, gemeinsam mit dem Zentrum für Traumapädagogik und mehreren engagierten Menschen aus Großkrotzenburg. Bis in den Sommer hinein gab es mehrere Beratungen in Gruppen. Auch der Unterstützungsbedarf einzelner war groß, da viele die Tat aus nächster Nähe miterlebt, erste Hilfe geleistet und den Täter bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten hatten. Für viele, die zuvor im Krieg und auf der Flucht mit Gewalt und Tod konfrontiert waren, bedeutete der Mord an Niaz eine Re-Traumatisierung. Über mehrere Monate gelang es einem Großteil der Bewohner, sich gegenseitig Halt zu geben und sich mit ihren Fragen auch Gehör zu verschaffen. Ob es vor der Bluttat in der Asylbewerberunterkunft zu Unregelmäßigkeiten oder Übergriffen von Mitarbeitern der Gemeinde Großkrotzenburg gekommen war, beschäftigt auch die Staatsanwaltschaft. Die Bewohner haben zahlreiche Anzeigen gegen Mitarbeiter erstattet, unter anderem wegen Nötigung, Körperverletzung sowie Vorteilsnahme im Amt.

**Im Sommer wurden immer mehr Geflüchtete an der Grenze von Belarus zum Spielball der europäischen Migrationspolitik.** Der belarussische Präsident Lukaschenko versuchte - ähnlich wie der türkische Präsident Erdogan im vorangegangenen Jahr - mit dem europäischen Rassismus zu spielen und die Drohung einer einseitigen Öffnung der Grenze als Druckmittel einzusetzen. Politiker aller Parteien bliesen ins gleiche Horn: nur kein neues 2015! Gemeint waren - wie 2015 auf der Balkanroute - offene Grenzen, auch wenn es im Herbst 2021 nur um wenige Tausend Menschen ging. Stattdessen wurden Geflüchtete zur Abschreckung mit Stacheldraht an der polnischen Grenze abgeblockt und in Wäldern erfrieren gelassen.

Die zunehmende Gewalt an den europäischen Außengrenzen ist immer wieder auch in der Beratung Thema.

Diejenigen, die neu ankommen, haben teils massive Gewalterfahrungen auf der Flucht machen müssen:

- Afghanische Familien mit kleinen Kindern, die mehrfach in der Ägäis und entlang der Balkanroute Opfer massiver push-backs wurden.
- Mehrere Menschen, die inzwischen hier im Main-Kinzig-Kreis leben, haben lange Monate im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos vegetiert und waren dort, als das Lager bis auf die Grundfeste niederbrannte.
- Menschen in unserer Beratung haben viele Tage auf dem Meer verbracht und mussten aus Seenot gerettet werden, manche haben dabei andere neben sich sterben sehen.
- Viele der Frauen und auch einige der Männer sind Opfer sexualisierter Gewalt in solchen Lagern und in den Händen libyscher Milizen geworden.
- Viele wurden Opfer massiver Gewalt durch Sicherheitskräfte.
- Und manchmal kommen ihre Angehörigen und Freund\*innen hier zu uns, weil sie mit Strafanzeigen und Kriminalisierung konfrontiert sind, wenn sie versucht haben, ihre Liebsten endlich in ihre Nähe und in Sicherheit zu bringen – um dann an den deutschen Grenzen der Beihilfe zur illegalen Einreise beschuldigt zu werden.

**Seit kurzem passiert nun als europäische Antwort auf den Krieg in der Ukraine gegenüber den Flüchtenden das, was wir uns so oft gewünscht haben:** Ganz offiziell und allseits belobigt fahren Busse aus Deutschland an die ukrainische Grenze, um Hilfsgüter zu entladen und sie bringen auf dem Rückweg geflüchtete Menschen mit. Sogar die Regierungen in Polen oder Ungarn haben der neuen „EU-Massenzustrom-Richtlinie“ zugestimmt und ihre Grenzen geöffnet. Doch zumindest an der polnischen Grenze sind nicht alle Geflüchteten gleich. Hier haben Menschen mit Pässen aus afrikanischen oder asiatischen Ländern bei ihrer Flucht immer wieder besonders lange warten müssen. Die ersten Geflüchteten aus der Ukraine sind dieser Tage bereits in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis angekommen. Sie werden - so sieht es aktuell aus - nach den Schrecken des Krieges zumindest mit weniger Bürokratie konfrontiert sein: sie können direkt Aufenthaltstitel beantragen, erhalten eine Arbeitserlaubnis und auch Zugang zu Sozialleistungen.

Eine aktuelle Richtlinie sieht dies auch für nicht-ukrainische Staatsangehörige vor, die bis zum 24. Februar 2022 in der Ukraine ihren Lebensmittelpunkt hatten. Wie genau sich dies ausgestaltet, wird sich erst noch zeigen.

Es wäre sehr wünschenswert, dass ein unbürokratischerer Umgang und vor allem ein direkter Zugang zu einem halbwegs normalen Leben nicht die Ausnahme bliebe.

## Afghanistan:

Ab dem 15. August wurde die Beratung sehr stark frequentiert von Menschen, die verzweifelt nach Lösungen für ihre Familien und Freund\*innen in Afghanistan suchten, nachdem die Taliban die Macht ergriffen hatten. Diese Beratungen waren vor allem vom Zuhören geprägt, vom Versuch, das Ausmaß des Leids gemeinsam zu verstehen, und von Gesprächen darüber, wie mit der Ohnmacht umzugehen ist, wenn alle Wege versperrt sind und die Ignoranz hier so groß ist.

Es waren sehr viele unterschiedliche Geschichten, die die Menschen erzählten: Richter\*innen und Polizisten und viele zurückgelassene Ortskräfte von Bundeswehr, GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und vielen NGOs, aber auch sehr viele, die als Angehörige von anderen, die bereits hier mit Schutzstatus leben, nicht in die engen Vorstellungen von (Kern-)Familie fallen (volljährige Kinder, Eltern erwachsener Kinder) und für die eine Familienzusammenführung nicht in Frage kommt. Sie sprechen auch über puren Hunger, insbesondere in Familien, in denen keine männlichen Erwachsenen mehr übrig geblieben waren und es den Frauen unmöglich wurde, ihrer Arbeit weiter nachzugehen. Und die, die hier sind und oft unter eher prekären Bedingungen nicht viel verdienen, sprachen oft darüber nicht zu wissen, ob sie 50 Euro der Familie des Bruders für Lebensmittel oder der Schwägerin für eine dringend benötigte medizinische Behandlung schicken sollten. Sie erzählten auch von weinenden Studentinnen, die so sehr um ihre Bildungschancen gekämpft hatten und sich jetzt nicht mehr aus dem Haus trauten. Und von den mutigen Frauen, die vor allem in Kabul auf die Straße gingen.

Bislang gab es beschämend wenige Aufnahmen aus Afghanistan - und einen zu geringen öffentlichen Druck, um das zu ändern. Es ist nicht gelungen - wie früher in den Bleiberechtskämpfen gegen die Abschiebungen nach Afghanistan - eine nennenswert große Bewegung zu starten, die bessere Aufnahmebedingungen hätte durchsetzen können. Auch wenn es wie mit „Kabul Luftbrücke“ einige herausragende zivilgesellschaftliche Versuche gibt, der beschämenden Haltung der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen, so bleiben sie zu schwach.

Daher bleibt im Grunde allen, die nicht bereits eine Aufnahmezusage haben, nur übrig, sich auf dieselben Wege zu machen, wie so viele andere zuvor. Und dabei auf mehr und mehr Zäune und Mauern zu treffen und auf die massive Gewalt entlang der Grenzen zu Griechenland und Bulgarien und auf der Balkanroute. Viele afghanische Geflüchtete, die seitdem hier ankommen, sind entsprechend erstmal damit konfrontiert, gegen ihre Abschiebung in andere europäische Länder kämpfen zu müssen.

Immerhin eines hat sich geändert: während das Bundesinnenministerium bis zuletzt an Abschiebungen nach Kabul festhalten wollte, sind diese seit dem Sommer ausgesetzt.

Vielen der bereits seit langen Jahren nur geduldeten Afghanen haben wir zur Folgeantragsstellung geraten und nach und nach werden zumindest Abschiebeverbote vergeben.

Ein großes Thema bleibt die Passbeschaffung, denn die afghanische Botschaft kann keine Pässe mehr ausstellen und die deutschen Behörden weigern sich nach wie vor deutsche Reiseausweise auszustellen, mit dem zynischen Hinweis, dass es nicht absehbar sei, ob die afghanischen Auslandsvertretungen (und damit die bisher nicht anerkannte Taliban-Regierung) nicht doch in absehbarer Zeit Pässe ausstellen würden.

## **Bleiberecht und Aufenthaltssicherung – Der Koalitionsvertrag und was zu hoffen wäre**

Im Herbst 2021 wechselte die Bundesregierung. Ein neuer Koalitionsvertrag formulierte Wünsche und Pläne. Neben einigen Enttäuschungen - vor allem bezogen auf die Migrationspolitik an den europäischen Außengrenzen - enthielt der Koalitionsvertrag eine entscheidende **Verbesserung in Sachen Bleiberechtsregelung**. So sollen Familien bereits nach 4 Jahren (statt bislang 6) und alleinstehende Personen nach 6 Jahren (statt bislang 8) eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Bleiberechtsregelung stellen können. Möglich sein soll eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe bereits nach 5 Jahren, wobei im ersten Jahr die Passbeschaffung sowie die Lebensunterhaltssicherung noch nicht vollständig sein müssten. Dies würde durchaus eine Verbesserung bedeuten. Vor allem für die große Personengruppe, die 2015/2016 nach Deutschland kam und sich hier bereits gut integriert hat, von denen aber viele auch mehr als 6 Jahre später noch immer kein Aufenthaltsrecht haben. Leider stockt es bei der Umsetzung und wir wissen nicht, wann die Regelung verabschiedet und in Kraft treten wird. Und leider hat Hessen keine Vorgriffsregelung erlassen und keinen Abschiebestopp verhängt für diejenigen, die eigentlich bereits unter diese Regelung fallen würden, wenn sie denn in Kraft getreten wäre.

Somit bleibt bei dem gleichzeitig bekundeten Willen, Abschiebungen härter durchsetzen zu wollen, die große Befürchtung, dass einige noch vor Inkrafttreten der Regelung abgeschoben werden könnten.

Da gleichzeitig der **Druck zur Passbeschaffung** durch die Ausländerbehörden massiv bleibt, bleibt es wie bisher dabei, dass es ein zäher Kampf ist, bis endlich ein Bleiberecht für langjährig Geduldete erreicht ist.

## **Psychosoziale Anteile unserer Beratung**

Die tagtägliche Konfrontation mit einem von strukturellem Rassismus durchzogenen System zermürbt, (re-)traumatisiert und macht krank. Wir begleiten viele Personen, bei denen die traumatischen Belastungsstörungen auch aufgrund der dauerhaften Unsicherheit bereits chronifiziert sind.

In sehr vielen Momenten gehen Menschen dennoch gestärkt aus der Tür wieder raus. Manche sagen, sie kommen vor allem für ein aufbauendes Gespräch, das sei ihnen eigentlich wichtiger als der Behördenbrief, den sie dabei haben.

Das Kennen der Situationen und das Benennen des strukturellen Rassismus sind wichtig im Umgang mit dem Trauma. Wir werden zu wichtigen Zeug\*innen im Wissen um den gefährlichen Weg, der Familienangehörigen noch bevorsteht, über das nur schwer Sagbare, an das sie sich erinnern, und über den Schrecken, der immer wieder über sie hereinbrechen kann. Das gemeinsame Benennen dieses Unrechts der strukturellen rassistischen Gewalt, kann helfen einen Rahmen zu geben, um das Geschehene einzuordnen. Es gibt einen großen Mangel solch offener Angebote, in denen das strukturelle Unrecht und der strukturelle Rassismus, mit dem diese Menschen täglich konfrontiert sind, als solche benannt und gemeinsam bekämpft werden.

Wir sprechen über Rassismus, Kolonialismus, Kriege und Waffenlieferungen, Fundamentalismus und Hetze, Sexismus, Genitalverstümmelung und Femizide. Wir versuchen das erlittene Unrecht als solches anzuerkennen und gleichzeitig immer die Stärken der Überlebenden zu betonen und Lösungen für die individuellen Probleme in den Vordergrund zu stellen.

## **Beratungsschwerpunkte im Überblick:**

Zweimal wöchentlich (immer Montags 14:00-17:00 Uhr sowie Donnerstags 12:00-14:00 Uhr) bieten wir in der Metzgerstrasse 8 in Hanau das Flüchtlingscafé an, in dem offen beraten wird. Das Flüchtlingscafé ist nicht zuletzt auch ein Ort der Begegnung von Geflüchteten und der Stärkung von solidarischem Handeln. Hierher kommen Menschen mit unterschiedlichen Themen und Fragestellungen.

### **Beratung im Asylverfahren:**

In unsere Beratung kommen vor allem Menschen, deren Asylverfahren noch nicht oder bereits negativ abgeschlossen ist. Ihnen bieten wir an:

- Hilfe bei Fragen rund um das Asylverfahren, auch Anhörungsvorbereitung;
- Unterstützung bei abgelehntem Asylantrag, bei Anwaltssuche und Vorbereitung auf Klageverfahren;
- Beratung bei drohender Abschiebung; auch in den sogenannten Dublin-Verfahren, wenn Abschiebungen innerhalb Europas drohen;
- Vermittlung, Beratung, Begleitung und Unterstützung (auch von Kirchengemeinden) bei Kirchenasylan;
- Hilfe bei Fragen zu Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

### **Psychosoziale Beratung**

- zum Umgang mit Traumatisierung und posttraumatischen Belastungsstörungen;
- Vermittlung und Begleitung zur Psychiatrie;
- Vorbereitung und Vermittlung für psychologische Gutachten;
- Begleitung Geflüchteter, die Opfer von Straftaten und Gewalt wurden.

### **Besonderen Beratungsbedarf haben Frauen auf der Flucht und sie nutzen die Beratung auch stark:**

- Opfer von Genitalverstümmelung (FGM) v.a. aus Somalia, aber auch Äthiopien und Nigeria;
- Betroffene von Menschenhandel v.a. aus Nigeria;
- Gewalt gegen Frauen auf der Flucht;
- Trennung bei aufenthaltsrechtlichen Abhängigkeiten, teils in Verbindung mit häuslicher Gewalt.

### **Weitervermittlung zu anderen Beratungsstellen**

**Begleitung und Hilfe bei Behördengängen** (Ausländerbehörde und Sozialamt), bei Gängen zu Ärzt\*innen, anderen Gesundheitsinstitutionen und Rechtsanwält\*innen.

**Finanzielle Unterstützung von Geflüchteten bei Rechtsanwaltskosten im Asylverfahren**  
Aufgrund des hohen Bedarfs und der sehr begrenzten Mittel sind Unterstützungsanfragen bei der Diakonischen Flüchtlingshilfe in der Regel auf maximal 100 Euro begrenzt.  
Wir unterstützen in Fällen von besonderer (juristischer) Bedeutung auch bei der Stellung von Rechtshilfeanträgen an Pro Asyl.

## **Vernetzung lokal, regional und transnational - An diesen Netzwerken arbeiten wir mit:**

**AK Asyl:** Auf lokaler Ebene ist der Arbeitskreis Asyl seit 2014 ein wichtiger Kreis für Vernetzung in Hanau. Der AK Asyl arbeitet zu Themen wie Deutschkurse, Freizeitangebote, Kirchen- und Bürger\*innen-Asyl, Patenschaften, Schule und Ausbildung, Wohnungssuche und anderem mehr. In Phasen besonders hoher Inzidenz-Zahlen haben wir die monatlich stattfindenden Treffen online gemacht und den Austausch so über die gesamte Zeit der Pandemie immer aufrechterhalten. Interessierte können gerne zu diesen offenen Treffen hinzu stoßen.

**Initiative 19.Februar Hanau:** Viele aus unserem Team engagieren sich zudem von Anfang an und weiterhin ehrenamtlich in der Initiative 19.Februar Hanau und sind aktiv in der Aufrechterhaltung der Struktur der Anlaufstelle in der Krämerstr. 24, bzw. über die Arbeit im JUZ Kesselstadt.

**Vernetzung mit dem Diakonischen Werk und FIAM (Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration der Diakonie Hessen):** Über verschiedene Austauschtreffen und Juristisches Coaching sind wir im engen Austausch mit Beratenden des Diakonischen Werks zu unterschiedlichen Themen.

**Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main:** Seit vielen Jahren treffen sich hier Aktive aus verschiedenen Gruppen unter anderem rund um die Themen Abschiebungen (vom Frankfurter Flughafen) und Abschiebehaft (in Darmstadt-Eberstadt).

**We'll Come United:** In Pandemie-Zeiten weniger aktiv als zuvor hält sich das bundesweite Netzwerk selbstorganisierter Geflüchteter weiterhin.

**Watch The Med Alarm Phone:** Das Alarm Phone ist nun im achten Jahr 24 Stunden täglich als Hotline für Geflüchtete in Seenot erreichbar. Von Beginn an war ein Team aus Hanau an dieser Hotline beteiligt. Inzwischen organisieren sich hier 200 Aktive aus vielen verschiedenen Ländern.

**Welcome to Europe:** Im letzten Jahr waren es Pandemie-bedingt weniger Reisen nach Griechenland und an die europäischen Außengrenzen. Der Webguide [w2eu.info](http://w2eu.info) stellt jedoch weiterhin 4-sprachig Informationen für Geflüchtete zur Verfügung.

## **Das Team**

Die Beratungsarbeit der Diakonischen Flüchtlingshilfe ist in hohem Maße getragen von den vielen Beteiligten, die nicht hauptamtlich beraten.

**Marion Bayer:** Ist seit 1.1.2020 hauptamtlich mit 19 Wochenstunden tätig. Sie berät in der offenen Beratung zweimal wöchentlich. Die 1.550 erfassten Beratungen in 2021 beziehen sich nur auf diese Stelle, alle anderen Beratungen sind statistisch nicht erfasst.

**H. Putsche / Mohses:** Ist nun seit über zwei Jahren in Rente, aber weiterhin aktiv, vor allem in sozialrechtlichen Fragen und beim Thema Passbeschaffung. Aus der offenen Beratung ist er zwar ausgestiegen, unterstützt aber weiterhin bei anfallenden Fragen und auch in der Verwaltung der vielen Akten.

**D.M.:** Macht nach wie vor Beratung bezüglich Inkasso-Unternehmen und Handy-Verträgen und hilft bei Anträgen an das Versorgungsamt (Behindertenausweise). Sie hat schon viele Klient\*innen vor überzogenen Mahnkosten bewahrt und zu angemessenen Einstufungen der Behindertengrade verholfen.

**G.K.:** Berät seit vielen Jahren und nach wie vor in Hartz-IV-Angelegenheiten, unter anderen auch viele Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus. Neben Beratung im Weststadt-Büro in Hana-Kesselstadt, berät er donnerstags auch in der offenen Beratung in der Metzgerstraße.

**Die Rezeption – K., C., K., L. & B.:** Alle sind auch sonst in der Metzgerstraße aktiv und arbeiten seit geraumer Zeit in den offenen Beratungscafés mit. Montags und donnerstags ist jeweils eine\*r von ihnen bei den Beratungscafés dabei. Die Rezeption erstellt die Anwesenheitsliste und schaut, wer wann dran ist. Sie haben ein offenes Ohr für diejenigen, die nicht warten können und helfen bei der Priorisierung. Sie unterstützen in vielen Fällen über diese Anwesenheit bei den Beratungscafés hinaus durch Begleitungen zu Ämtern und Ärzt\*innen. Kurz gesagt: sie sind unersetzbar.

**Die Französisch-Unterstützerinnen - Co, Annika & Julie:** Seit inzwischen fast zwei Jahren werden zunehmend Geflüchtete aus Guinea dem Main-Kinzig-Kreis zugewiesen. Zuvor kamen sehr wenige französischsprachige Menschen aus Westafrika hier her, dadurch gab es keine gewachsenen Community-Strukturen, die Neu-Ankommende unterstützen können. Die Französisch-Unterstützerinnen sprechen mehr oder weniger gut Französisch und begleiten v.a. zu Arztterminen, helfen beim Eröffnen von Bankkonten und erleben dabei sehr vieles, wofür manchmal die Worte fehlen.

**Das Schreibzimmer des AK Asyl:** Seit vergangenem Herbst hat sich aus dem Arbeitskreis Asyl eine neue Gruppe zusammengefunden, die montags parallel zur Beratung in der Metzgerstraße in der Stadtbibliothek (in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro) ein Schreibzimmer anbietet. Dort gibt es Unterstützung bei Briefwechseln aller Art - eine große Entlastung!

## Einige Zahlen:

Im Jahr 2021 haben wir statistisch nur die Beratungen erfasst, die im Rahmen der zweimal wöchentlich stattfindenden offenen Beratungscafés stattfanden und von Marion Bayer durchgeführt wurden.

Insgesamt handelte es sich im gesamten Jahr um 1.519 über dieses offene Angebot erfasste Beratungen.

Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
69	98	127	108	123	123	178	147	164	136	157	89

### Hinzu kommen (statistisch nicht erfasst):

- Einzelberatungen, die nicht erfasst wurden, vor allem durch H. Putsche (Mohses);
- die gesamte Schuldenberatung durch Doris Meinders;
- die Beratungen zu SGB II durch Günther Kugler;
- sowie ungezählte Begleitungen zu Ämtern und Behörden, Ärzt\*innen, in die Psychiatrie und zu Gutachten-Terminen.

### Verteilung nach Herkunftsländern im Jahr 2021 (grobe Schätzung):

Afghanistan 33%  
Somalia 23%  
Guinea 10%  
Äthiopien 8%  
Nigeria 6%  
Pakistan 6%  
Iran 4%

Außerdem Syrien und Türkei (v.a. Kurd\*innen), Iraq, Nordmazedonien (Romnja), Ghana, Aserbaidshan, Gambia, Tanzania, Senegal, Russische Föderation.

### Wohnorte in ungefährrer numerischer Reihenfolge:

Hanau, Maintal, Großkrotzenburg, Bruchköbel, Erlensee, Langenselbold, Nidderau, Ronneburg, Rodenbach, Neuberg, Hammersbach, Schöneck, Gelnhausen, Schlüchtern, Bad-Soden Salmünster, Gründau, Wächtersbach, Hasselroth, Biebergemünd, Steinau a.d.Str., Sinnatal, Bad Orb

Außerhalb des Main-Kinzig-Kreises v.a.: Büdingen (HEAE), Hainburg, Friedberg  
Vereinzelt auch aus allen anderen Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen, v.a. Verwandte und Bekannte von in Hanau und dem MKK lebenden Geflüchteten.